

Welche Entwicklungschancen werden den Jugendlichen im Kapitalismus geboten?

- Der Profit geht vor Menschenrechte
- Ängste und Alpträume vor der Zukunft
- Schuld sind immer die Betroffenen

Junge Leute träumen gern, schmieden Zukunftspläne, wollen anspruchsvolle Aufgaben, sind bereit, unbekümmert und optimistisch zuzupacken, um sich ihre Wünsche zu erfüllen. Können sie das überall in der Welt? Nein! Nur dort, wo die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt ist, wo die junge Generation als Miteigentümer der Produktionsmittel mitregiert und mitentscheidet über Gegenwart und Zukunft, werden ihre Träume wahr. Der Zeitzer Jugendkongreß im April 1988 war dafür ein bereitetes Beispiel. Er spiegelt die alltägliche Wirklichkeit des realen Sozialismus wider; das Recht der Jugend auf gleichberechtigte Teilnahme am politischen Leben, auf Arbeit und Erholung, auf Freude und Frohsinn, auf ein glückliches Leben in Frieden.

Welch tiefer Gegensatz zu den täglichen Nachrichten aus den Ländern des Kapitals, aus der nur wenige Kilometer entfernten BRD! Sie belegen, daß der Jugend im Imperialismus die Rechte und Chancen für ein sinnvolles Leben fehlen. Diese Gesellschaft, die sich auf das Recht der Ausbeutung gründet, kann das Recht auf Arbeit - eine Grundbedingung des menschlichen Lebens - nicht garantieren. Die tiefste Ursache dafür liegt im kapitalistischen Eigentum an den Produktionsmitteln, im Streben der Monopolbourgeoisie, es zu

sichern und Maximalprofit zu erlangen. Für die Werktätigen, besonders für die Jugendlichen, bringt das Alpträume von der Zukunft und existenzielle Ängste - vor allem die Angst vor Krieg, vor Arbeitslosigkeit, neuer Armut, zerstörter Umwelt.

Selbst bürgerliche Autoren gestehen in Analysen und Prognosen resignierend ein, daß sich daran in nächster Zeit nichts ändern wird. Im Gegenteil! Die Perspektivlosigkeit der Jugend wächst rasant an. Die markantesten Zeichen dafür sind: Jugendarbeitslosigkeit, Lehrstellennot, Diskriminierung jugendlichen Einsatzes für den Frieden, für Demokratie und gesellschaftliche Veränderungen; die Benachteiligung von Arbeiterkindern, von Mädchen und jungen Ausländern. Die Folgen davon sind: Entmutigung, Resignation, Ratlosigkeit, psychische Erkrankungen, Nachlassen der schulischen Leistungen, Abbruch der Schule, der Lehre oder des Studiums, Verschlechterung bzw.* Zerrüttung familiärer und anderer zwischenmenschlicher Beziehungen, die Verschuldung, die Flucht in Alkohol, Drogen. Weitere Folgeerscheinungen sind obskure Jugendreligionen, Okkultismus, Jugendkriminalität und Neofaschismus.

Womit „begründen“ nun bürgerliche Politiker in der BRD diese für jeden sichtbaren Wahrheiten?

Kein Wort von den tatsächlichen Ursachen, den Eigentums- und Machtverhältnissen; sie werden bewußt verschleiert. Schuld, so stellen sie es dar, sind die Betroffenen, die Jugendlichen selbst. Das hört sich dann mit bürgerlichem Vokabular unter anderem so an: „Tiefgreifende Generationskonflikte“, „das Verlangen nach nahezu unbegrenzter individueller Freiheit und Selbstbestimmung“, „die Überbetonung des Konfliktes, des Kampfes“, „schwerwiegende Verwerfungen im Weltbild bei vielen jungen Menschen“. Und der BRD-Innenminister Zimmermann bezeichnet es als Propaganda, Gewalt bei Demonstrationen, Häuserbesetzung, Rauschgiftkonsum, Verletzung von Strafvorschriften usw. auf die Ausbeutung, Unterdrückung und totale Überwachung in einem nur Kapitalinteressen dienenden Polizeistaat zurückzuführen.

Ist das wirklich nur Propaganda? In „Leitlinien der Kriminalpolitik“, vom BRD-Innenministerium im Februar 1988 vorgelegt, wird selbst eingestanden: „Bei jungen Menschen ist insbesondere bei längerer Arbeitslosigkeit eine erhebliche Gefährdung durch Statusverlust, sinkenden Lebensstandard und die Leere einer endlosen Freizeit anzunehmen ... Die Freizeit wird vorzugsweise in Diskotheken, Kneipen und Spielhallen totgeschlagen, Örtlichkeiten, in denen besonders oft Kontakte und Übergänge zur kriminellen Szene erfolgen.“ Ein Schwerpunkt dabei ist der Drogenhandel.

Die BRD ist in Westeuropa Rauschgift-Umschlagsplatz Nr. 1. Mehr als drei Millionen Kinder